

Für die volle Durchsetzung der 650.- Euro Forderung

Der LINKE-OV Bad Cannstatt/Münster/Mühlhausen unterstützt die Forderung der Beschäftigten bei der Bahn von zwölf Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 650 Euro. Wir sind der Meinung, dass diese Forderung mit einem Erzwingungstreik voll durchgesetzt werden kann. Gerade für Kolleginnen und Kollegen in den unteren Lohngruppen ist eine starke Erhöhung in Anbetracht der gestiegenen Preise existenziell.

Bahn und Medien wollen uns damit beschwichtigen, dass die Inflation zurückgehe. Was nützt es uns, dass die Inflationsrate im März gegenüber dem Vorjahr geringer war als im Februar, wenn die Inflation schon im März 2022 hoch war. Wenn wir nicht den gleichen Monat des Vorjahrs zum Bezugspunkt nehmen, sondern den Januar 2022, also den Monat, als nach dem Tarifvertrag der EVG die Gehälter zum letzten Mal erhöht wurden – um gerade mal 1,5 Prozent – dann sind die Preise im Januar um 8,7 Prozent gestiegen, im Februar um 9,5 Prozent und im März um 10,4 Prozent! Das sind die statistischen Durchschnittswerte. Für Menschen mit kleinen Einkommen, die einen höheren Anteil z.B. für Nahrungsmittel ausgeben, sieht es noch übler aus. Die Nahrungsmittelpreise sind im Januar gegenüber dem Januar 2022 um 20,2 Prozent gestiegen, im Februar um 23,2, im März um 24,7 Prozent. Eure Forderungen sind also mehr als berechtigt.

Wir wünschen Euch in dieser Tarifrunde einen vollen Erfolg und wollen Euch dabei aktiv unterstützen.

Eine gut funktionierende Bahn ist aus gesellschaftlichen Gründen ebenso unverzichtbar wie aus ökologischen. Am 17. April gab der Klimaexpertenrat bekannt, dass im Verkehrssektor die CO₂-Emissionen 2022 um eine Million Tonnen gestiegen sind und damit 9,7 Millionen Tonnen über den Zielen für 2022 lagen. Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, dass sich die Klimaziele im Verkehr durch E-Autos erreichen lassen, die selbst auf verschiedene Weise die Umwelt belasten. Der einzige Weg ist ein Ausbau des Öffentlichen Verkehrs und dabei insbesondere des Schienenverkehrs. Das wird nicht gehen ohne zusätzliches Personal und dieses zusätzliche Personal wird man nur bekommen, wenn die Gehälter deutlich erhöht werden. Nur so lässt sich die hohe Fluktuation bei den Bahn-Beschäftigten stoppen.

Wenn Geld da ist für eine „Sondervermögen“ von 100 Milliarden für die Aufrüstung der Bundeswehr sowie die Aufstockung des Verteidigungsetats auf 50 Milliarden Euro, ist auch das Geld zur Finanzierung der Lohnforderung da.

Wir werden in der Öffentlichkeit der Propaganda der angeblich leeren Kassen entgegentreten.

Das Geld muss dort geholt werden, wo es im Überfluss vorhanden ist. Es ist bei den Vermögenden, von denen vielen in der Pandemie und jetzt auch in der Krise, beispielsweise durch Rekordgewinne oder höheren Dividendenausschüttungen, sich dumm und dämlich verdient haben. Lebensmittelkonzerne, IT- und Versandkonzerne, Energie- und Ölkonzerne sind nur die Spitze derer, die ihren Reichtum immens steigern konnten während die Zahl der Armutsbetroffenen, prekär und niedrig bezahlten

Beschäftigten auf eine Rekordhöhe gestiegen ist. Damit muss Schluss gemacht werden.

Eine Arbeitsgruppe rot-grün regierter Bundesländer hat ermittelt, dass allein eine Vermögenssteuer von 1% bei einem Vermögen ab 2 Millionen Euro und 2% ab 1 Milliarde Euro Vermögen zusätzlich 15 bis 25 Milliarden Euro Steuermittel einbringen würden. Bezahlen müssten sie nur 21.000 der Reichsten.

Wir sind der Meinung, dass die EVG in dieser Tarifrunde die volle gewerkschaftliche Kampfkraft einsetzen sollte. Der gemeinsame Streik mit den ver.di-Beschäftigten im Öffentlichen Nahverkehr am 27. März war ein großartiger Einstieg und ein Paukenschlag, der Geschichte geschrieben hat. Es wäre gut, wenn es weitere Koordinationen mit anderen Gewerkschaften im Arbeitskampf geben würde.

„Streik in der Schule, Streik im Betrieb, das ist unsere Antwort auf Eure Politik“. Das war bei den Klimastreiks von Fridays for Future eines der meistgerufenen Sprechchöre. Am 3. März und erneut am 14. April hat Fridays for Future in Stuttgart sich mit den Tarifforderungen von ver.di im Öffentlichen Nahverkehr solidarisiert. Aber für die Beschäftigten der Bahn sollte genau das gleiche gelten, die genauso wie die Fahrer*innen von Bussen und Straßenbahnen einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wir sind aber der Ansicht, dass sich die Politik der Bahn grundlegend ändern muss. Schluss mit dem Hobeln von Hochgeschwindigkeitstrassen durch die Landschaft, die mit ihren vielen Brücken und Tunneln den Klimawandel verschärfen, weil Stahl und Beton massiv Treibhausgase erzeugen! Stattdessen muss die Bahn in den Fläche erhalten werden. Die Bahn braucht eine demokratisch von den Beschäftigten und Nutzer*innen kontrollierte Leitung statt hochbezahlter Manager*innen, die häufig obendrein aus der Autoindustrie kommen und von der Bahn keine Ahnung haben.

In der Tarifaueinsetzung geht es darum, die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen. Im Gegensatz zur DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi sind wir jedoch der Meinung, dass auch für die Gewerkschaften die Zeit reif ist für „kapitalismuskritische Grundsatzdebatten“. Wenn die „normalen Mechanismen der Marktwirtschaft“ dazu führen, dass die Schere zwischen arm und reich immer größer wird, wenn Klimakatastrophe, Kriege, Pandemien die Menschheit in eine existenzielle Bedrohung führen, dann ist es höchste Zeit dass auch die Gewerkschaften die Systemfrage aufwerfen.

Ritualisierte Tarifrunden, die die Verhältnisse nicht verbessern, müssen der Vergangenheit angehören. Wir setzen uns in den Gewerkschaften dafür ein Schluss zu machen mit Co-Management und faulen Kompromissen mit den Arbeitgeber*innen und konzertierten Aktionen mit der Regierung. Wir wollen Gewerkschaften als konsequente und demokratische Kampforganisationen der Arbeiter*innenklasse.

April 2023

Kontakt: ov.cannstatt@die-linke-stuttgart.de

DIE LINKE.

Ortsverband Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster

V.i.S.d.P: Ursel Beck, c/o DIE LINKE, Falkertstr. 58, 70176 Stgt